

AKTUELL



Puigdemont, unser Präsident? Seine Verhaftung in Deutschland eint das Lager der Separatist*innen wieder.

KATALONIEN

Vereinigung dank Feindbildern

Tessy Troes

Ein richterlicher Beschluss aus Madrid bringt die Katalonienkrise diese Woche erneut ins Rollen. Die Separatist*innen vereinen sich wieder – dank alter und neuer Feindbilder.

Über 60 000 Demonstrant*innen fanden sich am letzten Wochenende vor dem deutschen Konsulat in Barcelona ein. „Befreit unseren Präsidenten. Seid nicht Mithelfer“ war auf Schildern zu lesen. „Freiheit den politischen Häftlingen“ hörte man auf der Straße.

Dieser Demonstration, bei der in anderen Teilen der Stadt über 90 Menschen durch Eingreifen der Polizei verletzt wurden, war die Festnahme des früheren Regionalpräsidenten Carles Puigdemont vorhergegangen. Es war die Auferstehung eines bekannten Feindbildes der katalanischen Separatisten: Der spanische Staat, in dieser Episode personifiziert durch Pablo Llarena, Richter des Obersten Gerichtshofes in Madrid. Er hatte einen europäischen Haftbefehl gegen Puigdemont ausgestellt. 48 Stunden nach dem Urteil wurde dieser nahe der dänisch-deutschen Grenze festgenommen, auf der Rückreise von einer Lesung in Finnland zu seinem Exil in Belgien. Katalonien fand dadurch ein neues Feindbild: Deutschland. Ob Puigdemont nach Spanien ausgeliefert wird liegt jetzt in den Händen des Oberlandesgerichts Schleswig-Holsteins.

Puigdemont, und mit ihm zwölf andere Separatisten sind der Rebellion angeklagt, auf der in Spanien bis zu 30 Jahre Haft stehen. Fünf von ihnen, darunter etwa die ehemalige Parlamentssprecherin Carme Forcadell, wurden letzte Woche wegen ihrer Teilnahme am Referendum und der unilateralen Unabhängigkeitserklärung im Oktober letzten Jahres in Untersuchungshaft nach Madrid gebracht. Die restlichen

Angeklagten sorgen für eine Internationalisierung des Konfliktes: Drei frühere Minister sitzen im Exil in Belgien, zwei ehemalige Parteiführer in der Schweiz.

Internationalisierung des Konfliktes

Die Erziehungsministerin Clara Ponsatí suchte Zuflucht an ihrer ehemaligen Universität St Andrews, hat sich jedoch am Mittwoch der schottischen Polizei gestellt. Internationale Medien standen der Art und Weise der Verfolgung der Separatisten durch ganz Europa kritisch gegenüber: Obwohl Spanien den Fall Puigdemont gerne als rein kriminell darstelle, habe seine Festnahme den Katalonienkonflikt in eine klar politische Arena gebracht, so etwa die New York Times.

Ein aus spanischer Sicht sicher ungewollter Nebeneffekt des europäischen Haftbefehls ist das erneute Näherkommen der Pro-Unabhängigkeitsparteien: Schien das separatistische Lager zuletzt auf der Suche nach einem Präsidenten in seine Einzelteile zu zerfallen, stimmte man am Mittwoch gemeinsam für die Legitimität einer Amtseinführung Puigdemonts. Der Posten muss bis zum 22. Mai besetzt sein, andernfalls riskiert Katalonien Mitte Juli Neuwahlen.

Ausländische Stimmen werden kritischer gegenüber Mariano Rajoy's harter Hand gegen die abtrünnige Region. Letzterer sieht sich auch auf nationaler Ebene unter Zugzwang: Er muss den Haushalt für dieses Jahr schnellstmöglich stimmen lassen. Einstweilen wird sein Vorschlag durch acht Politiker*innen aus dem Baskenland blockiert. Sie machen ihre Stimme für den Budgetvorschlag nämlich von der Aufhebung des Artikels 155 und einer Lösung des Katalonienkonflikts abhängig.

SHORT NEWS

Nouvelle IP Box : Déi Lénk questionnent

(lc) - Le 22 mars dernier, le parlement a adopté le projet de loi 7163 sur le régime fiscal de la propriété intellectuelle avec 35 voix pour, 23 abstentions et deux voix contre. Ces dernières sont imputables à la « sensibilité politique » Déi Lénk, dont le député David Wagner, lors de son passage à la tribune, avait expliqué l'opposition. La formation de gauche ne goûte particulièrement pas les points se rapportant au nouveau régime de l'IP Box, grâce auquel la recherche et le développement des entreprises privées bénéficieront d'un traitement très favorable. Le ministre des Finances Pierre Gramegna, qui a défendu son projet de loi avant le vote, avait notamment dit que ces avantages ne seraient possibles que si les activités de recherche et de développement avaient lieu au grand-duché. Or, selon une experte fiscaliste promue à l'Université du Luxembourg, Paloma Schwarz Martinez, ce ne serait absolument pas le cas, car une telle disposition contreviendrait tout simplement au droit européen. Déi Lénk demandent des explications à Pierre Gramegna, notamment à cause du soupçon qu'il aurait pu ou voulu influencer le vote des député-e-s en tenant ces propos avant le vote.

Entlohnung für Praktikant*innen gefordert

(ja) - „Keine Arbeit ohne Bezahlung“ - das fordern OGBL-Jeunes, die Studierendengewerkschaft Unel sowie das Kunstkollektiv Richtung22. Sie reagieren damit auf einen kürzlich von Arbeitsminister Nicolas Schmit gemeinsam mit der Acel ausgearbeiteten Gesetzesentwurf zu Schüler*innen- und Studierendenpraktika. Darin wurde festgehalten, dass Praktika zwar entlohnt werden müssen, jedoch nur, wenn sie von einer Schule, Universität oder Hochschule vorgeschrieben werden. Ab einem Monat ist eine Entlohnung von einem Drittel, ab sechs Monaten von der Hälfte des nicht-qualifizierten Mindestlohns vorgesehen. Zwar begrüßen die Jugendorganisationen, dass Praktika nun endlich gesetzlich reguliert werden, fordern mittels einer Petition jedoch konkrete Änderungen am Entwurf. Ausnahmslos jedes Praktikum von mindestens einem Monat solle entlohnt werden. Bei einer Dauer von bis zu drei Monaten wird ein Gehalt von der Hälfte des qualifizierten Mindestlohns gefordert, ab vier Monaten zwei Drittel. Dazu muss jedoch ein Bachelor-Abschluss vorliegen. Im Falle einer befristeten oder unbefristeten Anstellung nach einem Praktikum sollte die Probezeit entfallen. Der vorliegende Entwurf sei nichts weiter als ein Geschenk an Unternehmen; an der prekären Arbeitssituation junger Menschen würde sich jedoch nichts ändern, heißt es im Petitionstext.

Neues Mobilitätskonzept wird im Mai vorgestellt

(ja) - Das neue Mobilitätskonzept für Luxemburg ist so gut wie auf den Schienen. „MoDu 2.0“ (die Abkürzung steht für Mobilité durable, nachhaltige Mobilität) wird Ende Mai präsentiert werden. Nach einer Orientierungsdebatte im Parlament, die für den 19. April geplant ist, soll noch der Input der Abgeordneten eingearbeitet werden, bevor das Dokument veröffentlicht wird. Am Donnerstag präsentierte Nachhaltigkeitsminister Bausch der Presse ein Diskussionspapier, das auch den Abgeordneten vorliegt. Anhand der Daten der Mobilitätsstudie „Luxmobil“ soll das neue Konzept an die tatsächlichen Begebenheiten angepasst werden. Ein Punkt wird eine verstärkte Förderung der sanften Mobilität sein, denn 36 Prozent der Wege unter einem Kilometer Länge werden aktuell mit dem PKW zurückgelegt. Auch der Ausbau des öffentlichen Transports ist ein Schwerpunkt. Neben den bestehenden Projekten wie dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Neuorganisation des Busverkehrs strich Bausch die Anbindung von Esch-Belval an den Südwesten von Luxemburg-Stadt hervor: „Wir haben die Systemfrage geklärt.“ Eine schnelle Tram, die an das Straßenbahnnetz der Hauptstadt angeschlossen wird, soll die beiden Agglomerationen verbinden.